

Amt Süderbrarup

Der Amtsvorsteher



Amt Süderbrarup, team Allee 22, 24392 Süderbrarup

Empfänger:

Bundesregierung,
Abgeordnete des Bundestages aus dem Wahlkreis,
SHGT sowie Presse

24392 Süderbrarup
team Allee 22
Telefon: 04641/78-0
Telefax: 04641/78-24
Ansprechpartner: Herr Kutz
Durchwahl: 04641/78-24
E-Mail: verwaltung@amt-suederbrarup.de

Sprechstunden:

Mo., Di., Do. und Fr. 8.00 bis 12.00 Uhr
montags zusätzlich 14.00 bis 18.00 Uhr
(mittwochs keine Sprechstunden)

Az:

(Bitte bei Zahlungen und Schriftverkehr unbedingt angeben!)

Süderbrarup, 10.01.2024

Bürgermeister-Protest gegen die Regierungspolitik des Bundes

Wir Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der 13 amtsangehörigen Gemeinden sowie der Amtsvorsteher des Amtes Süderbrarup (Schleswig-Holstein) mit unseren ca. 11.800 Einwohnerinnen und Einwohnern erklären uns solidarisch mit den Protesten der Bauern gegen eine übermäßige Steuererhöhung für deren Maschinen, aus folgenden Gründen:

- Landwirte sind eine tragende Säule des ländlichen Raumes, sie engagieren sich in unseren Dörfern überproportional in Feuerwehren, wo sie die Tages-Bereitschaft maßgeblich mittragen, in der Gemeinde-Politik und im kulturellen Leben.
- Bei kommunalen Arbeiten im ländlichen Raum leisten Landwirte mit Ihren Maschinen oft kostengünstig und qualifiziert Hilfe oder bieten entsprechende Dienstleistungen an.
- Bei Unwettern, egal ob Sturm, Schnee oder Überflutungen, sind unsere Bauern mit Ihren schweren Maschinen wie selbstverständlich und uneigennützig im freiwilligen Einsatz, um für die gesamte Bevölkerung und unser Land Schäden abzuwehren und Leib & Leben zu schützen. Im Ahrtal genauso wie gerade beim Ostsee-Hochwasser im Oktober 2023 und jetzt in Niedersachsen.
- Nach dem Abbau der Bundeswehr, den Einsparungen im Katastrophenschutz, THW, etc. sind Landwirte mit Ihren Schleppern & Maschinen oft die einzige Kraft, die zusammen mit unseren Feuerwehren flächendeckend, selbständig und sofort Hilfe leisten kann.
- Wir lehnen es entschieden ab, dass gerade diese Maschinen so stark besteuert werden sollen, wodurch den Landwirten ca. 10% Einkommensverlust aufgebürdet würde. Diese Mehrkosten müssten die Landwirte bei Tätigkeiten oder Hilfeleistungen im kommunalen Bereich an die gemeindliche Ebene weitergeben, so dass indirekt durch diese Steuererhöhung auch unsere Haushalte mit Mehrausgaben belastet würden.

Dass dieses beschlossen wird von Politikern in Regierung & Bundestag, die selber automatisch jährliche Diätenerhöhungen von ca. 3% für sich beanspruchen, ist Symbol für eine Regierungspolitik, die auch uns Kommunalpolitiker hart trifft und gegen die wir hiermit entschieden protestieren.

Bei einer weiteren Fortsetzung der politischen Maßnahmen der aktuellen und vorherigen Bundesregierungen sowie einer entsprechenden Umsetzung der Vorhaben wird es zu einer nachhaltigen Perspektivlosigkeit in dem gesamten landwirtschaftlichen Zweig kommen, wobei auch diverse nachgelagerte Bereiche wie beispielhaft das Handwerk und der Dienstleistungssektor mit betroffen sein werden.

Wir protestieren nicht nur gegen die anvisierten Einschränkungen im Bereich der Landwirtschaft, welche unsere Bauern übermäßig belasten, sondern möchten klarstellen, dass dieser Widerstand sich auch gegen die aktuelle allgemeine Politik unserer Bundesregierung, die unseren ländlichen Raum zu wenig wertschätzt und die elementaren Lebensbedürfnisse seiner Einwohner missachtet, bezieht.

An den nachfolgenden Beispielen möchten wir verdeutlichen, dass aus unserer Sicht der komplette regionale Bezug in der Bundespolitik verloren gegangen ist bzw. die begrenzten finanziellen Mittel nicht zielführend eingesetzt werden:

- **Mobilität / Radverkehrsinfrastruktur:** Aufgrund von fehlenden finanziellen Bundesmitteln beschränkt sich der Ausbau unseres Radwegenetzes weitgehend auf Konzeptstudien, Machbarkeitsstudien, Arbeitskreise, etc.. Hier sind seit Jahren keine Fortschritte festzustellen, welche gerade im Bezug auf die „Mobilitätswende“ und des regionalen touristischen Bedarfes nicht im Einklang stehen.
Aber: Als Entwicklungshilfe überweist unsere Bundesregierung 315 Mio. € nach Peru für den dortigen Radwegebau und die Anschaffung von Elektrobussen.
- **Beim Ostsee-Hochwasser im Oktober 2023** sind Deiche gebrochen und Häuser zerstört worden, Menschen kamen in höchste Gefahr und haben ihr Hab und Gut verloren. Unsere Bundesregierung lehnt Hilfe zur Reparatur und Verstärkung der Deiche ab, obwohl der Schutz von Leib und Leben seiner Bürger elementare Aufgabe eines Staates ist. Der Hochwasserschutz muss eine höhere Priorität in der Bundespolitik finden, so dass beispielhaft die Deiche dauerhaft gesichert werden können. Das kann gerade im Bezug auf die beschränkten finanziellen Mittel in der Region nur mit einer deutlichen monetären Unterstützung des Bundes erfolgen.
Aber: Die Bundesregierung unterstützt Indien u.a. zur Abwehr von Gefahren des Klimaschutzes mit rund 10 Mrd. €. Die Klimaschutz-Pläne Indiens geraten angesichts der ehrgeizigen Wirtschaftsziele in den Hintergrund, so dass natürlich die Frage aufkommt, ob die Steuergelder sinnvoll eingesetzt werden.
- **Die Schleibrücke Lindaunis** verbindet die Kreise Schleswig-Flensburg und Rendsburg-Eckernförde und ist ein wichtiger Verkehrsknotenpunkt in der Region. Sowohl für die Einheimischen, für den Fahrradtourismus als auch für die maritime und allg. Wirtschaft ist sie von großer Bedeutung. Da die Brücke nicht saniert werden kann, soll sie durch einen Neubau ersetzt werden. Die komplette Planungs- und Bauzeit zieht sich bereits über Jahre, so dass die gesamte Region aufgrund der fehlenden Verkehrsverbindung mit erheblichen Einschränkungen leben muss. Es ist für keinen nachvollziehbar, weshalb solche Projekte nicht zielführender und zeitlich realistischer umgesetzt werden können.
Aber: China erhält durch unsere Bundesregierung 32 Mio. € an Entwicklungshilfe, wo unlängst 11.000 km Hochgeschwindigkeits-Bahnstrecke binnen vier Jahren gebaut wurden.
- **Unsere ländliche Infrastruktur** wie Straßen, Wege, Entwässerungen, etc. können immer unzureichender instandgesetzt und unterhalten werden, sei es durch Finanz- und immer häufiger durch Personalmangel. Hieraus folgen langfristig höhere Kosten, welche von der kommunalen Ebene nicht getragen werden können. Es muss seitens der Bundesregierung ein Umdenken hinsichtlich der ländlichen Infrastruktur stattfinden.
Aber: Seit Antritt vor ca. zwei Jahren hat unsere Bundesregierung ca. 11.500 neue Stellen für den weiteren Bürokratieaufbau in der Bundesverwaltung geschaffen und diese Arbeitskräfte dem freien Markt entzogen sowie mit Geldern besoldet/vergütet, die bei uns dauerhaft fehlen.

Die negativen Folgen der Entscheidungen der Bundesregierung sind dramatisch für den ländlichen Raum insbesondere für die Region des Amtes Süderbrarup, da sich beispielhaft hierdurch die Finanzkraft deutlich senken wird und auf der gemeindlichen Ebene keine Möglichkeiten zum Erhalt geschweige zur Steigerung der allg. Standards und der Qualität bestehen werden.

Wir fordern die Bundesregierung und insbesondere auch unsere politischen Vertreter in Berlin durch unseren Protest u.a. auf, den Bürokratieaufbau umgehend zu stoppen, klare Verbindlichkeiten für Zusagen zu treffen, eine Unterstützungsmöglichkeit im Strukturwandel zu schaffen sowie eine vorrangige Betrachtung des regionalen ländlichen Raumes vorzunehmen.

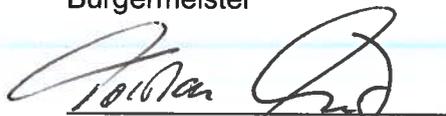
Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie der Amtsvorsteher des Amtes Süderbrarup



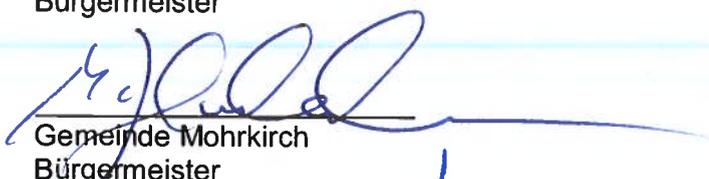
Gemeinde Böel
Bürgermeister



Gemeinde Boren
Bürgermeister



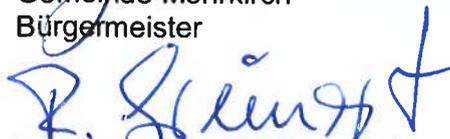
Gemeinde Loit
Bürgermeister



Gemeinde Mohrkirch
Bürgermeister



Gemeinde Norderbrarup
Bürgermeister



Gemeinde Nottfeld
Bürgermeister



Gemeinde Rügge
Bürgermeister



Gemeinde Sastrup
Bürgermeisterin



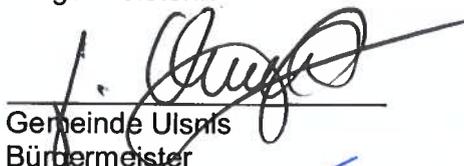
Gemeinde Scheggerott
Bürgermeister



Gemeinde Steinfeld
Bürgermeisterin



Gemeinde Süderbrarup
Bürgermeister



Gemeinde Ulsnis
Bürgermeister



Gemeinde Wagersrott
Bürgermeister



Amt Süderbrarup
Der Amtsvorsteher